

# Immer mehr Schulen verbieten Handys

*Nach den Sommerferien greifen gleich mehrere Gemeinden härter durch*



«Smartphone-Garage» an einer Schule im Kanton Bern.

CHRISTIAN BEUTLER / KEYSTONE

DANIEL GERNY

Vergangene Woche war es die Gemeinde Baar im Kanton Zug, die ihre Handy-Richtlinien an Schulen deutlich verschärft hat. Nach den Sommerferien dürfen dort Smartphones, Smartwatches sowie ähnliche Geräte auf dem Schulareal zwischen 7 Uhr 15 und 17 Uhr weder sichtbar noch hörbar sein. Smartphones, Smartwatches und andere private elektronische Geräte werden auf dem Schulareal aber «nicht per se verboten», teilte die Gemeinde mit.

Aus der Sicht der Schülerinnen und Schüler entspricht dies allerdings einer weitgehenden Verbannung der Geräte – auch wenn die Gemeinde genau dies ausdrücklich nicht vorsieht: «Die Schulen Baar wollen sich neuen digitalen Technologien nicht verschliessen», erklärt der Baarer Schulpräsident Vital Hotz in einem Communiqué. Sie müssten ein wichtiger Bestandteil des Unterrichts bleiben.

Die Haltung widerspiegelt präzise das Dilemma, in dem sich Schulen derzeit landauf, landab befinden: Einer-

seits lenken Handys vom Unterricht ab, stören den Lernfluss und beeinträchtigen die Aufmerksamkeit. In den Pausen spielen die Schülerinnen und Schüler kaum noch zusammen, weil sie sich am Bildschirm beschäftigen. Umfragen zeigen, dass Handyverbote vermehrt auf Akzeptanz stossen.

Andererseits erscheint ein striktes Verbot weder besonders zeitgemäss noch sehr dazu geeignet, einen guten Umgang mit digitalen Geräten zu lernen. Smartphones und Tablets sind nach der Schulzeit überall präsent, weshalb die Schülerinnen und Schüler die entsprechende Medienkompetenz benötigen. Der Zürcher Medienpsychologe Daniel Süss etwa plädiert für einen reflektierten Umgang mit Smartphones und steht Verbote skeptisch gegenüber.

## Cybermobbing ist ein Grund

Derzeit scheint sich der Trend allerdings eher in Richtung genereller Verbote zu entwickeln. Die Gemeinde Baar ist nur eine von etlichen Gemeinden, die ihre

Regeln in letzter Zeit verschärft haben. So gilt auch für die Schülerinnen und Schüler der Luzerner Gemeinde Emmen nach den Sommerferien während des Unterrichts und der Pausen auf dem Schulareal ein Handyverbot. Cybermobbing, -grooming und die übermässige Bildschirmzeit zählten zu den oft genannten Risiken, argumentiert die Gemeinde.

In Köniz, wo ein ähnliches Verbot bereits seit Februar gilt, scheinen die ersten Reaktionen entsprechend positiv zu sein. Auch wenn sich manche Schülerinnen und Schüler nerven, sagen sie, sie könnten sich besser auf den Unterricht konzentrieren. Auch in Würenlos (AG), wo es bereits seit über 17 Jahren ein Handyverbot gibt, sind die Erfahrungen gut. «Wir würden allen Schulen empfehlen, das auch zu machen», erklärte der Gesamtschulleiter Lukas Müller vergangenen Herbst im Basler Magazin «Bajour».

Heute sind die einzelnen Schulen in den meisten Kantonen frei, selber zu entscheiden, was auf ihrem Areal geschieht. Doch verschiedene Kantone greifen nun ein. Als Erstes hat der Kanton Nidwalden

im Mai beschlossen, dass Smartphones und Tablets an allen Schulen im Kanton während der Schulzeit verboten sind. Elektronische Geräte dürfen nach den Sommerferien nur noch benutzt werden, wenn es die Lehrperson für den Unterricht erlaubt oder ein Notfall vorliegt.

Die Nidwaldner Bildungsdirektion habe diesen Entscheid nicht in Eigenregie gefällt, sondern zusammen mit den Schulleitungen der elf Gemeinden des Kantons. Wie der Bildungsdirektor Res Schmid damals in der NZZ erklärte, hatten sich diese sowie zahlreiche Lehrerinnen und Lehrer für eine einheitliche Regelung starkgemacht.

## Bundesrat zeigt sich offen

Kurze Zeit später ist auch der Aargau dem Beispiel gefolgt. Digitale Geräte sind dort ab dem 1. August an allen Volksschulen untersagt. Die Lehrpersonen können den Gebrauch gemäss der Verordnung «für einzelne Unterrichtssequenzen zur Umsetzung des Lehrplans sowie aus wichtigen persönlichen, insbesondere gesundheitlichen Gründen» erlauben. Der Walliser Bildungsdirektor Christophe Darbellay, der die Konferenz der kantonalen Bildungsdirektoren präsidiert, kündigte ein Verbot für seinen Kanton an.

Es ist allerdings umstritten, ob eine derart weitgehende Regelung nicht zu stark in die Kompetenzen der Gemeinden und Schulen eingreift – zumal generelle Verbote aus bildungspolitischer Sicht umstritten bleiben. Die Kantone Solothurn und Luzern haben sich aus diesem Grund dagegen ausgesprochen.

Ein generelles Verbot würde der Einhaltung des Lehrplans zuwiderlaufen und auch pädagogisch keinen Sinn ergeben, erklärte beispielsweise der Luzerner Regierungsrat im Februar. Die Risiken, die in einigen Studien aufgezeigt würden, dürften nicht isoliert betrachtet werden, da digitale Medien auch Chancen für Bildung und soziale Interaktion böten.

Offen gegenüber Einschränkungen zeigte sich kürzlich überraschend auch der Bundesrat. Zwar fielen die Schulen in die Zuständigkeit der Kantone. Der Bund könne deshalb in diesem Bereich nicht tätig werden, erklärte Bildungsministerin Elisabeth Baume-Schneider zu einem Vorstoss der grünen Ständerätin Maya Graf (BL). Die Frage eines Verbots oder einer Einschränkung der Nutzung von Social-Media-Plattformen wie Tiktok und Instagram für Kinder unter 16 Jahren müsse aber diskutiert werden.